lichen Ehre für nur ganz vereinzelt erfolgende Disziplinierungen eingesetzt, entkräften oder aus der Welt schaffen. In diesen beiden wesentlichen Punkten ist seine Verteidigung gegen die berechtigten bürgerlichen Aufsetzungen vollkommen mißlungen, und das, was er sonst noch zu sagen wußte, waren zumeist Rückerinnerungen an seine Rede vom Tage vorher oder Ausführungen, die seine unverhohlene Verachtung „über die spitzen Pfeile", die ihn aber mit vollem Rechte und mit guter Wirkung trafen, umhüllten.

Die Gesamtsituation der inneren Politik nach dem Streik, die das Kabinett vor doppelt schwere Aufgaben stellt, ist durch die Wirthschen Reden in keiner Weise heilsam beeinflußt, die prinzipiellen Fragen, die der erste große Beamtenstreik aufwarf, sind durch sie nur oberflächlich geklärt worden. Es bleibt der unheilvolle Eindruck bestehen, daß die Reichsregierung einer folgenschwersten Erschütterung des Volks- und Wirtschaftslebens nicht mit der nötigen Stärke zu begegnen in der Lage ist, daß sie zwar Worte zu setzen weiß, sie aber durch Taten beinahe illusorisch macht. Damit untergräbt sie selbst die Autorität des Staates, die sie im Sinne ihrer auswärtigen Politik für erforderlich hält und die selbstredend vorhanden sein muß, wenn Ordnung und Wohlfahrt auch nur einigermaßen gedeihen sollen. Die Folgen dieses tiefbedauerlichen Zustandes werden sich in erster Linie in den Reichsteilen geltend machen, in denen der Gedanke der Staatsautorität ohnehin nur als ein dem parteipolitisch herrschenden System notdürftig aufgepfropftes Reis erscheint. Die sozialistisch regierten Länder, das ganze Mitteldeutschland also, das während des Streiks eine so sämtlich passive Rolle gespielt hat, wird den Verlust an Staatsautorität bei einer besser Gelegenheit scharf zu spüren bekommen. Die Organisationen und Parteien, die hier in besonderer Stärke und Offenheit sich während des Streiks mit den Streikenden solidarisch erklärten oder mit ihnen sympathisierten, werden in der Nachgiebigkeit der Reichsregierung, im Stillschweigen ihrer Landesregierungen einen Anhalt und Antrieb empfinden, den von den Lokomotivführern ohne nachhaltige Folgen einmal betretenen Weg bei Gelegenheit wieder zu beschreiten. Das würde nie möglich sein, wenn die Reichsregierung, ihren Worten getreu, durchgegriffen, wenn die Landesregierungen Sachsens, Thüringens, Braunschweigs durch ihre Haltung zu erkennen gegeben hätten, daß sie einem Beamtenstreik mit allen Mitteln die Spitze abzubrechen bereit sind. Die sozialistischen Regierungen dieser Länder sind aber innerlich unfrei, sie sind zu eng verquickt mit dem Bekenntnis des Sozialismus, der sich in seinen internationalen Ideen gegen den Staat überhaupt wendet, als daß sie aus der Kraft ihrer Ueberzeugung heraus selbst ihren eigenen Beamten den Streik verbieten könnten. Das zeigte sich in den letzten Tagen bei uns in Sachsen mit besonderer Deutlichkeit. Zwar soll der Minister Lipinski nach den Worten des Reichskanzlers Aeußerungen gegen den Beamtenstreik getan haben; die von Buck im Landtage verlesene Regierungserklärung ließ aber jede Verurteilung dieses Verbrechens am Volke vermissen. Und selbst die Worte Lipinskis, von denen, wie gesagt, nur gerüchtweise verlautet, können so ernst nicht gemeint gewesen sein. Denn die ihm anvertraute Polizeimacht, über deren Schicksale und Entwicklung er sonst bestens orientiert zu sein pflegt, war mit ihrem Landesverband Sächsischer Polizeibeamter eine der ersten Beamtengruppen, die offen und geheim durch Erklärungen und Mitteilungen an die Vertrauensleute mit den Sympathien für die Streikenden nicht hinterhalten konnte. Man hat einwandfrei festgestellt, daß diese Erklärung über „moralische und materielle Unterstützung der Streikenden", die von den Führern der politischen Organisation der sächsischen Polizeibeamten ausging, in bedauerlicher Weise in verschiedenen Fällen auf das dienstliche Verhalten der Beamten gegenüber den Streikenden eingewirkt hat.

Wohin diese und ähnliche Erscheinungen führen müssen, ist ohne weiteres klar. Von der Lockerung der Staatsautorität, der Staatsdisziplin geht es bergabwärts zur Auflösung der Zwangsordnung überhaupt, wenn nicht eine mächtige Stimme Einhalt gebietet. Und diese Stimme kann nur die des Volkes selbst sein. Das Volk, das unter solchen Vorgängen am meisten zu leiden, das entbehren, hungern, frieren, muß und wird sich wehren, diesen Weg in den Abgrund zu gehen. In diesem Vertrauen ergibt sich aus den Wirren des Streiks, bei schwächlicher Haltung der Regierung die Hoffnung, daß das Volk sich immer mehr abwenden wird von den Doktrinen der ewig nach links schielenden Regierungspolitik im Reiche und von der Haltung der sozialistischen Landesregierungen in Mitteldeutschland, die auch im letzten Streik den Beweis geliefert haben, daß ihnen Parteipolitik über Staatsautorität geht.

Ankunft der deutschen Delegierten in Genf.

Genf, 11. Febr. Die deutschen Delegierten konnten dank dem Entgegenkommen der Schweizer Behörden, die den Anschlußzug in Basel warten ließen, früher eintreffen, als man nach den letzten Meldungen annehmen konnte. Sie sind mit dem ersten deutschen Zuge abgereist, der seit dem Streik in die Schweiz gelangt ist. (wtb.)

Die Petersdorfer Zwischenfälle vor der französischen Kammer.

Paris, 11. Febr. Die Besprechung der Interpellation betreffend die Zwischenfälle in Oberschlesien soll nächsten Freitag in der Kammer erfolgen. (W. T. B.)

Die englischen Sparsamkeitsmaßnahmen.

London, 10. Febr. Heute ist der Bericht von Geddes veröffentlicht worden, der sich auf die Sparsamkeitsmaßnahmen bezieht. Er umfaßt folgende Vorschläge: Bildung eines Ministeriums der nationalen Verteidigung für Heer und Marine und Luftfahrt. Herabsetzung des Effektivbestandes der Marine um 35 000 Mann. Herabsetzung des Marinerechts im Budget des nächsten Jahres von 80 Millionen auf 60 Millionen Pfund Sterling, abgesehen von den Ersparnissen, die sich durch den Versailler Vertrag ergeben können. Herabsetzung des Effektivbestandes der Armee um 50 000 Mann für das folgende Jahr. Ferner ist in dem Bericht folgende Herabsetzung für das nächste Jahr empfohlen: 20 Millionen Pfund Sterling für das Heer, 5 Millionen Pfund Sterling für die Luftfahrt und 18 000 000 Pfund Sterling für die Marine. Der Gesamtbetrag der Herabsetzungen beläuft sich auf ungefähr 75 Millionen Pfund Sterling. (W. T. B.)

Die englische Admiralität gegen den Vorschlag Geddes.

London, 11. Febr. Wie die Blätter melden, erklärte die Admiralität, der Vorschlag von Geddes, im Marinebudget Abstriche von 29 Millionen Pfund Sterling vorzunehmen, sei zu weitgehend. Es sei nur eine Verminderung um 14 Millionen Pfund Sterling angängig. (wtb.)

Frankreichs „freiwillige Abrüstung zur See".

Paris, 11. Febr. Einer Havas-Meldung zufolge erklärte Marineminister Raiberti vor der Marinekommission der Kammer, Frankreich habe mit dem Bau von Kriegsschiffen 1914 aufgehört, sei also freiwillig acht Jahre den anderen Nationen auf dem Wege der Abrüstung zur See vorausgegangen. Aus einem Vergleich der französischen Flotte mit den Flotten von Großbritannien, Amerika und Japan gehe die große zahlenmäßige Ungleichheit in militärisch wertvollen Einheiten hervor, die zwischen den Einheiten Frankreichs und den gleichartigen Einheiten der Flotten anderer Nationen bestehe. Der Minister gab schließlich die Maßnahmen an, die er dem Parlament unterbreiten wolle, um die französische Marine in neue Bahnen zu lenken. (W. T. B.)

Fortsetzung der Reichstagsaussprache über den Streik.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Febr. **Präsident Loebe teilt mit: Die Rede des Abgeordneten Dittmann war gestern noch nicht beendet, als die Sitzung wegen Unruhe geschlossen wurde. Es ist in dieser Unruhe vielleicht auch überhört worden, daß der Abgeordnete Dittmann vom Vizepräsidenten Dittrich auf die Verletzung der Ordnung hingewiesen worden ist, die in seiner Bemerkung gegenüber dem Reichsverkehrsminister gelegen hat.**

In der fortgesetzten Besprechung der Erklärung der Reichsregierung setzt zunächst Dittmann (U. S.) seine gestern unterbrochene Rede fort. Seit gestern seien ihm fortgesetzt neue Meldungen von Massenmaßregelungen von Eisenbahnbeamten zugegangen. Tausende von Beamten seien gemaßregelt. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) In Berlin habe die Eisenbahndirektion das Disziplinarverfahren gegen 87 Beamte eingeleitet und ein Nachtrag stehe noch aus. Des weiteren seien auch die Betriebsämter dabei, ihrerseits zu maßregeln, und nach der Uebersicht, die die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner besitze, kämen in Großberlin rund 250 gemaßregelte Beamte in Betracht. In ganz Deutschland gebe es nach Auffassung der Gewerkschaft 25 bis 30 000 Gemaßregelte. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Vom Standpunkt der Parteiagitation könnte er, Redner, sich darüber nur freuen. Abg. **Kopsch** (Dem.): Das ist Ihnen doch die Hauptsache! Nein, ich fordere, daß aufgehört wird mit diesen Maßregelungen, nicht nur mit den Massenmaßregelungen, denn sie zeigen, welche Anarchie im Reiche Groeners herrscht. Hier handelt es sich wirklich um eine

Revolte der höheren Eisenbahnbürokratie gegen ihren obersten Chef, den Reichskanzler selbst.

Er und der Reichsverkehrsminister glänzen leider durch Abwesenheit, was ja nach der gestrigen Debatte verständlich ist. (Heiterkeit.) Wird Groener auch gegen diese höheren Beamten, die seine Anweisungen mißachten, das Disziplinarverfahren einleiten? Der alte stockpreußische Geist zeige sich auch bei der großen bürgerlichen Mehrheit dieses Hauses, wenn gegen die persönliche Politik des Reichskanzlers bei der Beilegung des Eisenbahnerstreiks polemisiert werde. Redner verliest dann einen Artikel aus der „Frankf. Ztg.", in dem Stinnes der Vorwurf gemacht wird, die deutschen Eisenbahnen an die Entente zu verschachern. Hier müsse der Reichstag fragen, ob Stinnes tatsächlich solche Dinge in England getrieben habe. Es müsse ein Untersuchungsausschuß gegen Stinnes gebildet werden, der hier Klarheit schaffe. Wenn eine Regierung sich auf die drei sozialistischen Parteien und überhaupt auf das arbeitende Volk stützen würde, so könnte sie der Reaktion mit aller Kraft entgegentreten. Selbst nach außen hin wäre sie verhandlungsfähig. (Lachen rechts.) Genua werde uns einen Zarist wieder auf dem Wege zum internationalen Kapitalismus bringen. Aus dem Eisenbahnerstreik zögen seine Freunde die Lehre, daß die Einigung aller politischen Schichten Deutschlands zum Kampfe gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Staatsgewalt notwendig sei.

Abg. **Koch** (Dem.): Der Rechts- und Staatsgedanke ist wieder einmal aufs schwerste erschüttert worden. (Sehr richtig!) So wohlwollend wir den Forderungen auf Gehaltsaufbesserung gegenüberstehen, so wenig können wir den Forderungen zustimmen, die bezüglich der Arbeitszeit gestellt worden sind. Der Achtstundentag muß, wenn er aufrecht erhalten werden soll, soweit als möglich ausgenutzt werden. Darum ist es allerdings notwendig, daß diese Frage in einem Arbeitszeitgesetz grundsätzlich geregelt wird.

(Bei Redaktionsschluß dauerten die Verhandlungen noch fort.)

Noch kein normaler Eisenbahnverkehr.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Febr. Wenn auch der Eisenbahnbetrieb an allen Stellen wieder in erheblichem Maße eingesetzt hat, ist doch die Lage noch überall recht schwierig wegen der Nachwirkungen des Streikes und des anhaltenden Frostes. Fast überall ist der Rangierbetrieb durch Mangel an Rangierlokomotiven, die infolge des Mangels an Schutz und Pflege während der Streiktage großenteils Frostschäden erlitten, stark erschwert. Auch auf den Zugverkehr wirkt die Knappheit an Lokomotiven ungünstig. Um für den lebenswichtigeren Güterverkehr die nötigen Lokomotiven zu gewinnen, ist der Personenverkehr noch erheblichen Einschränkungen unterworfen. Der durchgehende Schnellzugsverkehr ist jedoch auf den Hauptstrecken und nach den Hauptverkehrszentren überall aufgenommen worden. Die Zahl der gefahrenen Güterzüge kann im Durchschnitt auf 60 bis 70 Prozent des normalen Durchschnittsverkehrs geschätzt werden. Ihr Hauptaugenmerk richtet die Eisenbahnverwaltung auf die Verhältnisse im Ruhrbezirk, der nicht nur für die Dienstkohlenversorgung der Eisenbahn, sondern überhaupt für die großen Bezirke Westdeutschlands und Süddeutschlands hinsichtlich der Kohlenversorgung ausschlaggebend ist und wo infolge der Dichte des Eisenbahnnetzes die schwierigsten Verhältnisse vorliegen. Der wichtige Ruhr-Moselverkehr ist bereits wieder voll im Gange. Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortsverkehr konnten gestern 50 Prozent der fahrplanmäßigen Züge gefahren werden. Der Betrieb auf dem Ring ist vielfach noch unregelmäßig infolge Lokomotivschäden. **Mit einer schnellen Besserung der Eisenbahnbetriebslage kann in den nächsten Tagen noch nicht gerechnet werden.**

Der Bock als Gärtner.

Pflichtwidriges Verhalten der thüringischen Schutzpolizei im Eisenbahnerstreik.

Jena, 11. Febr. Wie das „Jenaer Volksblatt" berichtet werden jetzt grobe Pflichtverletzungen bekannt, die sich Schutzpolizisten in Thüringen während des Streiks haben zuschulden kommen lassen. So waren Schutzmannschaften nach Saalfeld transportiert worden, um die Sicherheit der Eisenbahnbetriebsanlagen zu überwachen, wo Mitglieder der Technischen Nothilfe die Führung und Bedienung der Lokomotiven übernommen hatten. **Am Ziele angekommen, schlug sich aber die Schutzpolizei auf die Seite der streikenden Eisenbahner und entfernte das Maschinenpersonal vom Bahnhof. Erst als der thüringische unabhängige Minister Hermann aus Weimar erschien und die Herbeiberufung von Reichswehr anordnete, konnte die Ordnung wieder hergestellt werden. Aus anderen Orten Thüringens, vor allem aus Schwarza, werden ähnliche Auftritte gemeldet.**

Hardings Aufforderung zur Ratifikation der Washingtoner Beschlüsse.

Washington, 11. Febr. Präsident Harding unterbreitete gestern dem Senat die auf der Abrüstungskonferenz abgeschlossenen Verträge und ersuchte darum, sie als Garantie des Friedens zu ratifizieren. Der Präsident erklärte, die Verträge würden dazu dienen, den Widersprüchen ein Ende zu machen, Zweideutigkeiten auszuschalten und klares Einvernehmen zu schaffen. Sie verpflichten aber weder die Vereinigten Staaten noch irgendeine Macht zu irgendeiner Art von Bündnis. Bezugnehmend auf den vom Senat nicht ratifizierten Versailler Vertrag erklärte Harding, der Vertrag sei verworfen worden, weil die Welt dringend bessere Beziehungen gewünscht habe. Die Verträge, die er entsprechend demselben Wunsche unterbreite, enthielten jedoch keine Bestimmung außer solchen zur Förderung des Friedens. Die Sorge des Senats, daß Amerika von Verwickelungen frei bleiben solle, sei niemals von den amerikanischen Delegierten vergessen worden. **Wenn die amerikanische Regierung nicht der Ansicht wäre, daß die Verträge größere Sicherheit vor Konflikten brächten, so würde er sie nicht dem Senat unterbreiten.** (W. T. B.)

Neues von Bismarcks Sturz.

Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" hat die geschichtliche Erörterung der Vorgänge bei seinem Sturz neu belebt, und es sind auch bereits eine ganze Reihe anderer wichtiger Quellen über diese für das deutsche Schicksal so entscheidenden Tage veröffentlicht worden. Als eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Mitteilungen treten nun die Berichte des damaligen sächsischen Gesandten in Berlin, des Grafen Hohenthal und Bergen, aus jener Zeit, die der Bibliothekar an der Sächsischen Landesbibliothek Dr. Hubert Richter im neuesten Heft der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht. Der sächsische Gesandte war in diese Angelegenheit besonders deswegen verwickelt, weil auf Wunsch des Kaisers der König von Sachsen die Behandlung der Arbeiterschutzfrage im Bundesrat anregen sollte und Bismarck das unter allen Umständen verhindern wollte. Vom 30. Januar 1890 berichtet der Graf seiner Regierung: „Fürst Bismarck ließ mich heute früh bitten, ihn um 11 Uhr aufzusuchen. Seine Durchlaucht empfing mich sehr freundlich und sagte mir, die von der königlichen Staatsregierung in Aussicht genommenen Arbeiterschutzanträge veranlaßten ihn, mir seinen Standpunkt dieser Angelegenheit gegenüber auseinanderzusetzen. Er halte dies für um so mehr geboten, als die Angelegenheit in den letzten Tagen schon zu einer partiellen Ministerkrisis geführt habe und ihn bestimmen werde, Seine Majestät den Kaiser um seine Entlassung zu bitten, falls sie fortgesetzt werden sollte. Der Kaiser habe sich bei dieser Gelegenheit von Persönlichkeiten beraten lassen, denen eine Befugnis hierzu in keiner Weise zustehe. Sein ehemaliger Lehrer, der Geh. Rat Hinzpeter, habe angefangen, Graf Douglas und der Oberpräsident von Berlepsch seien diesem Beispiel gefolgt. „Geht das so fort," fügte der Reichskanzler hinzu, „so wird Hinzpeter wohl noch nächstens Reichskanzler werden, denn ich kann mir mit meinen 75 Jahren und mit meiner nicht ganz erfolglosen Vergangenheit nicht gefallen lassen, daß mein Herr von Leuten beraten wird, die hierzu nicht berufen sind. Schließlich fragt der Kaiser irgendeinen beliebigen Husarenoffizier, wie er die soziale Frage lösen soll, und will mir dann dessen Meinung aufzwingen, wenn ich nicht beizeiten gegen eine derartige Behandlung der Staatsgeschäfte Einspruch erhebe." „Seine Frau und sein Arzt," fuhr der Fürst fort, „hätten ihm schon seit Jahren geraten, sich von den Geschäften zurückzuziehen; auch er persönlich sehne sich schon lange danach, „von der Galeere, von der Ruderbank", an die er geschmiedet sei, loszukommen. Und er habe sich daher vorgenommen, sein Amt nach und nach „abzubröckeln", das Handelsministerium sei er bereits los; auch den preußischen Ministerpräsidenten habe er im Laufe dieses Jahres ablegen wollen, um sich ganz und gar auf sein „Altenteil", die auswärtige Politik und die Führung der preußischen Stimme im Bundesrat, zurückzuziehen. Seine Einflußnahme auf die inneren Fragen habe er auch mit der Zeit aufgeben wollen, und zwar dies um so mehr, als ein Mann von 75 Jahren immerhin noch voll beschäftigt sei, wenn er nur das erwähnte Altenteil behalte. Würden indessen die Anträge gestellt, so werde sich ihm die erwünschte Gelegenheit bieten, aus allen seinen Aemtern auszuscheiden."

Am 31. Januar 1890 berichtet dann der Gesandte über eine Unterredung mit dem Kaiser, in der dieser über sein Verhältnis zum Reichskanzler sagte: „Sie ahnen gar nicht, wie schwer mir der Mann das Leben macht, mein ganzes Staatsministerium hat er mir schon rebellisch gemacht, fünf Minister wollen schon fort." In einer Unterredung mit Bismarck, von der der Bericht vom 4. März 1890 handelt, betonte dieser den unüberbrückbaren Gegensatz, der zwischen ihm und dem Kaiser bestehe. Am 23. März sagte der Kaiser zu dem Gesandten bei Gelegenheit des Ordensfestes: „Was den Fürsten anbetrifft, so bin ich mir darüber vollständig klar, daß der größte Teil der Wohlgesinnten im Deutschen Reiche und außerhalb desselben mich für undankbar hält, weil ich diesen Mann, dem mein Haus und das deutsche Vaterland so unendlich verpflichtet sind, gegen seinen Willen veranlaßt habe, den Dienst zu verlassen. Mir geschieht aber hierin unrecht, denn ich habe nie vergessen und werde nie vergessen, was ich dem teuren Fürsten schulde. Ich habe ihm auch hierfür genügende Beweise gegeben, denn ich habe mich seinetwegen mit meinem Vater und mit meiner Mutter überworfen; ich habe ihm sogar das Opfer gebracht, daß ich meinem Vater während seiner letzten Krankheit Opposition gemacht habe. Sie ahnen nicht, wie sauer mir dies geworden ist." Bei einem Abschiedsbesuch beim Fürsten, über den Graf Hohenthal am 25. März 1890 berichtet, sagte ihm Bismarck sofort beim Eintritt, „er wolle der Legende entgegentreten, als ob sein Ausscheiden aus dem Dienste ein freiwilliges gewesen wäre. Er verlasse seinen Posten gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr ungern, denn, wenn es schon ohnehin für einen alten Mann schwer sei, sich an ein neues Leben zu gewöhnen, so komme bei ihm hinzu, daß ein Teil seiner Freunde, zu denen er z. B. Seine Majestät den Kaiser von Oesterreich zu rechnen sich gestatte, ihm über sein Ausscheiden Vorwürfe mache, ja, dasselbe sogar so auslege, als habe er die Flinte ins Korn geworfen. Schüchternheit hätten ihm auch seine Feinde niemals imputieren können, er fürchte sich weder vor den Sozialdemokraten noch vor den übrigen Oppositionsparteien, und deshalb wünsche er dringend, daß bekannt würde, daß er wider seinen Willen entlassen sei."

Von der Tätigkeit eines unabhängigen Ministerpräsidenten.

Berlin, 10. Febr. Blättermeldungen aus Braunschweig zufolge veröffentlicht der Braunschweigische sozialdemokratische „Volksfreund" neue Enthüllungen über den früheren unabhängigen Ministerpräsidenten Oerter. Danach soll dieser während seiner Ministerschaft von dem Fabrikanten Wemel in Hahlen 3 Prozent des buchmäßigen Reingewinns und später, wenn er dauernd in die Dienste des Fabrikanten treten werde, 10 Prozent des Reingewinns, sowie Vorschüsse in Höhe von 3000 bis 7000 Mk. verlangt haben.

Berlin, 11. Febr. Wie die „Freiheit" mitteilt, hat die Zentrale der U. S. P. D. einstimmig den Beschluß gefaßt, gegen Oerter sofort ein Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten.

Keine Maßregelungen zum Berliner städtischen Streik?

Berlin, 11. Febr. Am Schluß der gestrigen Stadtverordnetenversammlung von Berlin wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, daß gegen die Streikenden keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen. (W. T. B.)

Ende des tschechischen Bergarbeiterstreiks.

Prag, 11. Febr. Gestern nachmittag ist durch Vermittlung der Regierung zwischen den Grubeneigentümern und den Kohlenbergleuten der Tschecho-Slowakei eine grundsätzliche Einigung erzielt worden, so daß der Generalstreik in den Kohlenrevieren als beigelegt angesehen werden kann. Die Arbeit dürfte spätestens Montag auf allen Schächten wieder aufgenommen werden. Die Arbeiter erklärten sich damit einverstanden, daß die Löhne in gleichem Maße herabgesetzt werden, in dem die Lebensmittel sinken.

Tschechischer Anschluß an den französisch-englischen Garantievertrag?

Paris, 11. Febr. Nach dem „Journal des Débats" soll der tschecho-slowakische Ministerpräsident Benesch die Absicht haben, in London auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Tschecho-Slowakei an dem französisch-englisch-belgischen Garantievertrag teilnehmen zu lassen. **Anders könne ein wirklicher Friede nicht sichergestellt werden.** (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.